

Das Tunesien-Tagebuch

In den kommenden Monaten wird [borderline-europe](#) ein tunesisches Tagebuch unserer Freiwilligen Ludovica Gualandi veröffentlichen, die vor Ort ist und ihre Eindrücke zu verschiedenen Migrationsthemen vermittelt.

16. März 2023 - Teil zwei -

Die Ausgrenzung der schwarzen Gemeinschaft in Tunesien

In den vergangenen Tagen war ich bei Mohammed in La Goulette zu Gast. Die Küstenstadt nahe der Hauptstadt Tunis ist auch als *piccola Sicilia* - also als kleines Sizilien - bekannt. Der *Muezzin* ruft am Abend zum Gebet. Seine Stimme hallt angenehm durch die kleinen Gassen, die vom Sonnenuntergang gefärbt sind. Mohammed ist junger Mann aus Guinea, den ich auf einer Veranstaltung in der Hauptstadt kennen gelernt habe. Bei der Veranstaltung ging es um die Sicherheit im öffentlichen Raum. Mohammed arbeitet für eine internationale Menschenrechtsorganisation. Aktuell beschäftigt er sich, ähnlich wie ich, mit dem Thema des Umgangs verschiedener nordafrikanischer Länder mit den Toten und vermissten im Mittelmeer.



La Goulette

Für ihn sowie für tausende Menschen in Tunesien sind es komplizierte und anstrengende Tage. Die Rede des Präsidenten der Republik, Kaïs Saïed, am 21. Februar 2023¹, anlässlich des Sicherheitsrates, war entscheidend für die Legitimation von Rassismus gegenüber der schwarzen Bevölkerung. Der Präsident hatte die Behörden dazu aufgefordert, „auf allen Ebenen, sprich auf diplomatischer, sicherheitstechnischer und militärischer Ebene, gegen die illegale Einwanderung der Menschen aus Subsahara-Afrika vorzugehen. Zudem

forderte er, dass „das Gesetz zum Schutz der Geflüchteten streng angewandt und die illegale Übertretung der Grenze streng kontrolliert werden.“ Tatsächlich leiden jedoch alle Schwarzen, auch Bürger*innen Tunesiens, in diesen Tagen unter den Auswirkungen des unfassbaren Terrors.

Die Äußerungen des Präsidenten haben die gesamte schwarze Gemeinschaft Tunesiens in die Enge getrieben. Sie sind einer täglichen Bedrohung und Diskriminierung ausgesetzt.

Einerseits hat das Narrativ der politischen Macht Tunesiens, symbolisiert durch den Präsidenten Kaïs Saïed, dessen Macht und internationale Glaubwürdigkeit wiederhergestellt. Die Zusammenarbeit mit Italien wurde verstärkt. Die Populisten unter den europäischen

¹ Die Rede des tunesischen Präsidenten Kais Saied während eines Treffens mit dem Innenminister: <https://www.youtube.com/watch?v=ZGwpl1ZcBy8>

Politiker*innen, unterstützten die Rede des Präsidenten sowie eine Verstärkung der Kontrollen der illegalen Einwanderung aus Nordafrika.

Die Ansprache des Präsidenten vom 21. Februar 2023 kam nur wenige Wochen nach dem Tunesien-Besuch der italienischen Delegation, angeführt von Außenminister Antonio Tajani². Dabei einigte man sich ebenfalls auf eine gemeinsame Strategie der beiden Länder in Migrationsfragen. In einem Telefonat mit seinem tunesischen Amtskollegen bekräftigte der italienische Außenminister Tajani: *„Die italienische Regierung unterstützt Tunesien bei den Grenzkontrollen, so wie im Kampf gegen den Menschenhandel. Andererseits will Italien legale Einwanderungswege für tunesische Arbeitskräfte schaffen und den Menschen eine Ausbildung ermöglichen, als Alternative zur Migration³.“* Es war jedoch keine Rede von den anhaltenden Menschenrechtsverletzungen.

Andererseits hat der politische Wunsch nach strengeren Kontrollen der unerlaubten Einreise aus Subsahara-Afrika in Tunesien nicht den erwünschten Erfolg gebracht. Bedroht durch tägliche Angst und Gewalt haben viele Menschen aus den verschiedensten Ländern Subsahara-Afrikas kurzentschlossen und verzweifelt entschieden, Tunesien über die gefährliche zentrale Mittelmeer-Route in Richtung Europa zu verlassen. Allein in den ersten Monaten des Jahres 2023 haben 18.000 Personen die italienische Insel Lampedusa erreicht. Das entspricht einem Anstieg von 194 Prozent im Vergleich zum Vorjahr⁴. Davon stammen 2.383 Personen aus der Elfenbeinküste und 2.334 aus Guinea. Die meisten von ihnen sind im tunesischen Hafen Sfax gestartet. In den Tagen zwischen dem 20. und dem 25. März sind über 3.000 Menschen auf See abgefangen oder wurden Opfer von Schiffstragödien im Mittelmeer, noch einmal so viele Menschen haben die kleine Insel Lampedusa erreicht.



Hinzu kommt ein weiteres Phänomen, ebenfalls ausgelöst durch die gewaltsamen Äußerungen des tunesischen Präsidenten: Die Rückführung vieler Bürger*innen aus Subsahara-Afrika in ihre Heimatländer. Wir beobachten in diesen Tagen lange Warteschlangen vor den Botschaften der betroffenen Länder in Tunis. Die Menschen fragen dort um die assistierte Rückreise in die jeweiligen Heimatländer an. Das Absurde an der Geschichte ist, dass all jene freiwillig in ihre Heimatländer zurückkehren wollen, die sich legal in Tunesien aufhalten, sprich Studierende oder

² Das Treffen zwischen dem italienischen Außenminister Antonio Tajani und dem Präsidenten Tunesiens Kais Saied am 18. Januar 2023: https://www.ansa.it/amp/ansamed/it/notizie/rubriche/politica/2023/01/18/tajani-a-tunisi-impegno-comune-contro-migrazione-illegale_d8a721c0-c933-4f04-97e6-d63fec699ba5.html

³ Italiens stellvertretender Regierungschef und Außenminister, Antonio Tajani, am 27. Februar 2023 bei einem Telefonat mit dem Außenminister Tunesiens, Nabil Ammar:

https://www.esteri.it/it/sala_stampa/archivionotizie/comunicati/2023/02/colloquio-telefonico-del-vicepresidente-del-consiglio-e-ministro-degli-affari-esteri-on-antonio-tajani-con-il-ministro-degli-esteri-tunisino-nabil-ammar/

⁴ Konsultieren Sie die folgenden Links: <https://data.unhcr.org/en/situations/mediterranean/location/5205>
<https://tg24.sky.it/cronaca/2023/03/10/migranti-news>

Arbeitnehmer*innen. Jene, die sich nicht legal in Tunesien aufhalten, die keine Aufenthaltsgenehmigung haben, sind hingegen dazu gezwungen unerlaubt nach Europa weiter zu reisen. Hunderte von ihnen haben sich vor dem Sitz der Internationalen Organisation für Migration und der UNHCR in Tunis niedergelassen. Dort fordern sie Zugeständnisse für eine assistierte Rückführung, ausgelöst von der aktuellen rassistischen Gewalt und von der Tatsache, dass Tunesien für sie kein sicheres Land ist.

Das bringt eine traurige Realität zum Tageslicht: Die Rede des Präsidenten hat den Rassismus noch verschlimmert, den es hier im Land schon vorher gab. Nun bekommen alle Schwarzen in Tunesien die rassistische Gewalt zu spüren. Wir konnten nicht nur willkürliche Festnahmen durch die Ordnungskräfte beobachten, sondern auch psychische und physische Gewalt auf der Straße sowie Kündigungen von Arbeitsverträgen und Wohnungsaufkündigungen, wodurch viele Menschen auf der Straße gelandet sind. Auch die Studierenden aus Subsahara-Afrika, die reguläre an tunesischen Universitäten eingeschrieben sind, fühlen sich nicht mehr sicher. Viele der Studierenden versuchen in ihr Heimatland zurückzukehren, andere haben aufgehört, die Vorlesungen zu besuchen. Mein Freund Mohammed ist einer von ihnen. Er lebt seit 15 Jahren in Tunesien und ist regulär an der Universität eingeschrieben. In dieser Zeit hat er viele wichtige Treffen für die Zivilgesellschaft organisiert. Er hat dabei mit vielen Vereinen zusammengearbeitet, die sich für den Schutz der Menschenrechte stark machen, die Gewalt anprangern und er war Teil tunesischer Kundgebungen und Vereine. Trotzdem lebt auch er seit Wochen abgesondert in seiner Wohnung. Er vermeidet es sowohl tagsüber als auch nachts das Haus allein zu verlassen. Er verfolgt die Vorlesungen für die Universität online, weil er Angst hat, mit den öffentlichen Verkehrsmitteln die Stadt zu durchqueren.



Bei all der medialen Aufmerksamkeit für den aufflammenden Rassismus in Tunesien darf nicht vergessen werden, dass Menschen aus Subsahara-Afrika im Stillen und Verborgenen schon seit Jahren ausgenutzt und diskriminiert werden. Unterstützt wird die Ausbeutung von einem System, das den Schutz dieser Menschen nicht garantiert. Aus diesem Grund ist es wichtig zu unterstreichen, dass Tunesien als erstes Land in Nordafrika mit dem Gesetz Nr. 11-2018⁵ vom 9. Oktober 2018 jede Form von

Rassismus bestraft. Andererseits ist das tunesische Rechtssystem darauf ausgelegt, dass der Schutz für Migrant*innen und Geflüchtete, ihrer Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten illegal und somit sehr angreifbar bleiben.

Deshalb ist es auch wichtig daran zu erinnern, dass es in Tunesien weder das Konzept von Asyl noch des Internationalen Schutzes gibt. Die Betroffenen befinden sich somit in einem rechtlosen Raum, in einer Art Vorhölle. Es ist der UNHCR, der vom tunesischen Staat damit beauftragt wurde, sich um Verfahren für Internationalen Schutz sowie um die betroffenen Personen zu kümmern.

⁵ Konsultieren Sie die folgenden Gesetzestexte: <https://legislation-securite.tn/fr/law/56778>

Hinzu kommt, dass es für Ausländer*innen sehr schwierig ist, auf dem tunesischen Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, denn dieser ist nicht geregelt und fördert somit die Irregularität. Zudem gibt es zwei gesetzliche Bestimmungen, die mittlerweile überholt sind, aber nie abgeändert wurden. Diese Bestimmungen blockieren eine Arbeitserlaubnis für Migrant*innen. Das erste Gesetz Nr. 1968-0007⁶ vom 8. März 1968 behandelt den Status von Migrant*innen in Tunesien. Neben der Zugangsdokumente und der Aufenthaltsgenehmigung regelt Artikel 23, dass jene Migrant*innen, die nicht innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Zeit ein Visum und die Aufenthaltsdokumente beantragen oder diese nicht rechtzeitig verlängern, eine einjährige Haftstrafe und eine kumulative Geldbuße drohen. Allerdings fehlt ein Maximalbetrag für die Geldbuße. Da Langzeit-Betroffene die sich immer weiter anhäufende Geldstrafe nicht zahlen können, fühlen sich manche in Tunesien blockiert und festgehalten.

Die zweite juristische Hürde ist das Gesetz Nr. 66-27 vom 30. April 1966⁷ zum Arbeitsrecht⁸. Es führt weitere Einschränkungen für Ausländer*innen ein, besonders der Art. 258-2: *„Der Ausländer, der in Tunesien eine abhängige Arbeit jeglicher Art ausüben möchte, muss im Besitz eines Arbeitsvertrages sowie eine Aufenthaltsgenehmigung sein. Die Aufenthaltsgenehmigung muss zudem anführen, dass die Person eine unselbstständige Arbeit in Tunesien ausführen darf.“* Nachdem der Artikel auch den Zeitraum des Arbeitsvertrages fixiert (ein Jahr und einmal erneuerbar) fügt er hinzu: *„Die Beschäftigung eines Ausländers kann nicht erfolgen, wenn es tunesische Arbeitskräfte gibt, die dieselbe Arbeit ausüben können.“*

Das führt dazu, dass die große Zahl der Menschen aus Subsahara-Afrika, die sich in Tunesien aufhalten, irregulär angestellt werden. Sie erhalten somit keine sozialen und juristischen Hilfen.

Die dramatische Folge des tunesischen Arbeitsrechts mit „nationalen Vorzug“ lässt jedes Jahr tausende Arbeitnehmer*innen aus Subsahara-Afrika in die Irregularität abrutschen. Somit erleben wir eine ausschließenden und illegalisierende Politik⁹. Die wirtschaftliche Ausbeutung und der Rassismus sind zwei eng verbundene Phänomene, auch weil die öffentlichen Behörden und die privaten Arbeitgeber*innen von dieser fast strukturellen Irregularität profitieren, die den Migrant*innen aus Subsahara-Afrika unmenschliche Arbeitsbedingungen aufdrängt.



Obwohl der tunesische Staat ständig versucht, irreguläre Migrant*innen daran zu hindern, nach Europa zu gelangen, schließt er sie auch aus einem Leben in Legalität aus, indem er ihnen nicht erlaubt, legal im Land zu arbeiten oder sich dort aufzuhalten. Diese verlängerte Irregularität dient

⁶ Konsultieren Sie die folgenden Gesetzestexte: <https://www.refworld.org/pdfid/54c25b2b4.pdf>

⁷ Konsultieren Sie das Arbeitsrecht unter folgendem Link:

[https://www.ilo.org/dyn/natlex/docs/ELECTRONIC/44414/61784/F839958379/TUN-44414%20\(2\).pdf](https://www.ilo.org/dyn/natlex/docs/ELECTRONIC/44414/61784/F839958379/TUN-44414%20(2).pdf)

⁸ Vervollständigt vom Gesetz Nr. 96-62 vom 15 Juli 1996

⁹ Um das Thema zu vertiefen können Sie folgende Studie konsultieren: „Entre securitisation et racialisation, l’expérience subsaharienne en Tunisie » des FTDES (Forum tunisien des droits économiques et sociaux): <https://www.ftdes.net/rapports/racialisation.fr.pdf>

dem großen Sektor der irregulären Arbeit, der ausgebildete und günstige Arbeitskräfte aus Subsahara-Afrika zu niedrigen Kosten bietet.

Die Erklärungen des tunesischen Präsidenten haben zu einer schnellen Verbreitung von Gewalt und Angst gegenüber der schwarzen Gemeinschaft in Tunesien geführt und sie akzentuiert eine dramatische Situation von Ausgrenzung und Exil, die die Gemeinschaft bereits seit geraumer Zeit auf tunesischem Territorium erlebt. Die Zivilgesellschaft reagierte schnell auf die Worte des Präsidenten sowie auf die Gewalt, die daraus hervorging. Eine große Kundgebung, an der viele Vereinigungen und solidarische Organisationen teilgenommen haben, fand in der Avenue Bourguiba in Tunis statt. Damit wurde eine antirassistische Front gegründet, die den Personen in Schwierigkeiten täglich viel Unterstützung anbietet, alle Formen von Gewalt anklagt und das Ende der rassistischen Gewalt von Seiten der Behörden und Bürger*innen fordert.



Das Tunesien-Tagebuch von *borderline-europe*
Fotos von Ludovica Gualandi

Übersetzt aus dem Italienischen von Elisa Tappeiner